

Stadtvertretung Lütjenburg

11. Sitzung

Sitzung vom 14.10.2015

Seite 71

im Feuerwehrhaus Bunendorp

Für diese Sitzung enthalten die Seiten 72 bis 79
Verhandlungsniederschriften und Beschlüsse.

Beginn: 19.00 Uhr

Ende: 20.17 Uhr

(Unterschrift)

Anwesend:

Gesetzl. Mitgliederzahl: 19

a) stimmberechtigt:

1. BV Siegfried Klaus	15. Renate Wertz
2. Christoph Bruhn (ab 19.08 Uhr)	16. Jutta Zillmann
3. Andrea Danker-Isemer	17. Detlev Zoglauer
4. Klaus Giesche	18.
5. Thomas Hansen	19.
6. Traudl Holst	
7. Birgit Laskowsky	
8. Jürgen Panitzki	
9. Kerstin Panitzki	b) nicht stimmberechtigt
10. Anke Pundt-Bernatzki	1. Bürgermeister Dirk Sohn
11. Christel Seick	2. bM N. Laskowsky (Vors. WirtschA)
12. Winfried Seick	3. Herr Leyk / Stadtreferent
13. Ute Treder-Behrens	4. Herr Less / Amt Lütjenburg
14. Rolf-Hagen Weng	5. Frau Rehr (Kommunalberatung)
	6. Herr Schekahn / KN
	7. 10 Zuhörer(innen)

Es fehlten:

a) entschuldigt:	b) unentschuldigt:
1. Thorsten Först	1.
2. Eckhard Voß	2.
3.	

Die Mitglieder der Stadtvertretung waren durch Einladung vom 05.10.2015 auf Mittwoch, den 14.10.2015 unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen.

Zeit, Ort und Stunde sowie die Tagesordnung waren öffentlich bekanntgegeben.

Der Vorsitzende stellte bei Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die ordnungsmäßige Einberufung Einwendungen nicht erhoben wurden.

Die Stadtvertretung war - nach Zahl der erschienenen Mitglieder - beschlussfähig.

Tagesordnung:

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Anträge zur Tagesordnung
3. Beschluss über die Nichtöffentlichkeit von Tagesordnungspunkten
4. Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner
5. Bericht
- 5.1 des Bürgervorstehers
- 5.2 des Bürgermeisters
6. Genehmigung der Niederschrift über die 9. Sitzung
7. Anstellung „Schulische Assistenz“
8. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Straßenreinigung der Stadt Lütjenburg
9. Antrag SPD Fraktion (Räumlichkeiten)
10. Präsentation Gutachten und Empfehlung "Perspektiven der Einzelhandelsentwicklung in der Stadt Lütjenburg"
11. Gleichbehandlung der Eigentümer für Modernisierungszuschüsse nach der neuen Städtebauförderungsrichtlinie 2015
12. 25. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Lütjenburg für das Gebiet „Ehemalige Schill- Kaserne“; hier: Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
13. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für Dienstleistungen der Freiwilligen Feuerwehr Lütjenburg; 2. Nachtrag
14. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Lütjenburg über die Erhebung von Beiträgen für die Herstellung, den Ausbau, die Erneuerung sowie den Umbau von Straßen, Wegen und Plätzen (Straßenausbaubeitragsatzung)
15. Widmung von Straßenflächen (ehemalige Kaserne)
16. Fragestunde der Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter
17. Verschiedenes

Nicht öffentlich

18. Gesellschaftsangelegenheiten VKP
19. Berichte und Verschiedenes

Nach Verlesung der Tagesordnung wurden folgende Einwendungen erhoben bzw. Ergänzungen und Dringlichkeitsanträge eingebracht:

s. TOP 2

Die Verhandlungen fanden in öffentlicher Sitzung statt.

Zu den Punkten 17 + 18 (neu) war die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bürgervorsteher Klaus begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit fest.

2. Anträge zur Tagesordnung

Herr Panitzki beantragt TOP 9 „Antrag SPD Fraktion (Räumlichkeiten)“ von der Tagesordnung abzusetzen. Es ist beabsichtigt den Antrag nach Erfordernissen zu überarbeiten und ggf. neu zu stellen.

- 16 dafür -

Die nachfolgenden Punkte verschieben sich entsprechend.

3. Beschluss über die Nichtöffentlichkeit von Tagesordnungspunkten

Die Stadtvertretung beschließt, die Tagesordnungspunkte 17 und 18 (neu) in nicht öffentlicher Sitzung zu beraten.

- 16 dafür -

4. Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner

Herr König fragt nach der Aufstellung eines Verkehrsspiegels in der Plöner Straße zur Sicherung der Ausfahrt Hugo-Ackermann-Straße. Bürgermeister Sohn teilt mit, dass nach Überprüfung keine Notwendigkeit gesehen wird, einen Verkehrsspiegel aufzustellen. Als Ersatzmaßnahme sollen auf der rechten Seite Parkflächen gesperrt werden.

5. Bericht

5.1 des Bürgervorstehers

Bürgervorsteher Klaus berichtet über die Teilnahme an zahlreichen Geburtstagen und Jubiläen. Er hebt die Teilnahme an folgenden Ereignissen besonders hervor:

- 10.07.2015 Teilnahme an der Entlassungsfeier der Gemeinschaftsschule
- 11.07.2015 Teilnahme an der Entlassungsfeier des Gymnasiums
- 14.07.2015 Teilnahme am 1. Spatenstich in der Kaserne
- 29.08.2015 Teilnahme am Umzug der Schützenabteilung des TSV
- 25.09.2015 Teilnahme am Festakt 50-jähriges Bestehen des Gymnasiums
- 02.10.2015 Teilnahme an der Begrüßungsveranstaltung anlässlich des Besuches aus Frankreich
- 03.10.2015 Teilnahme am Festgottesdienst anlässlich des 25. Jahrestages der Einheit in der Partnerstadt Sternberg

5.2 des Bürgermeisters

Bürgermeister Sohn berichtet im Schwerpunkt zu folgenden Themen:

- a) RSH-Challenge am 29.09.2015:
Die Teilnahme der Stadt war ein herausragendes, erfolgreiches Ereignis, das den Zusammenhalt in der Stadt widerspiegelt. Bürgermeister Sohn und Bürgervorsteher Klaus bedanken sich herzlichst bei allen Beteiligten.
- b) Flüchtlingsströme und Initiative der Stadt Lütjenburg:
Aufgrund der dramatischen Entwicklung und einer Anfrage interessierter Investoren ist Bürgermeister Sohn mit der Initiative an das Land herange-

treten, die Wohnbereiche in der ehemaligen Kaserne vom Bund zu kaufen und dem Land dann zur Verfügung zu stellen (29.09.2015). Die Möglichkeiten, die erforderliche Infrastruktur zu ertüchtigen wurde geprüft. Bei Verzicht auf gewisse Standards wäre eine Inbetriebnahme innerhalb von drei Monaten möglich. Die entsprechende Information wurde an das Land weitergegeben. In zahlreichen Presseberichten wurde bereits über eine Überplanung der Stadt berichtet. Bürgermeister Sohn teilt mit, dass bis zum heutigen Tage keine Reaktion und Rückmeldung durch das zuständige Innenministerium erfolgte. Dem Amtsbereich wurden derzeit 140 Flüchtlinge zugeteilt, davon müssten ca. 40 Flüchtlinge abgeschoben werden. Eine zügige Rückkehr der Abgeschobenen würde den benötigten Platz für die Kriegsflüchtlinge frei machen. An das Land ergeht die Erwartung zügig Gelder bereitzustellen, damit die Integration „gelebt“ werden kann. Für die Bewältigung der großen Aufgabe wurde auch eine Personalgestellung für die Stadt Lütjenburg eingefordert (nicht für das Amt), da die Stadt gefordert ist, die Erwartungen des Innenministeriums zu erfüllen.

Nach Abschluss des Berichts verweist Frau Wertz auf die im Raume stehende Zahl zur Unterbringung von 1.000 Flüchtlingen; diese Kapazität könne nicht von der Stadt gestemmt werden. Mit dem Hinweis auf die Entwicklung in Boostedt regt sie an, dass die Stadtvertretung die Verhaltensweisen und das angedachte Vorgehen nicht hinnehmen bzw. billigen kann. Bürgermeister Sohn bestätigt, dass derzeit unzählige Gerüchte zur explosionsartigen Entwicklung und sich abzeichnende katastrophale Situationen in Lütjenburg vorliegen. Er stellt jedoch klar, dass man mit der derzeitigen Situation leben müsse und deshalb auch eine Unterbringung von bis zu 1.000 Menschen in der Kaserne hinzunehmen sei. Eine Entscheidung des Landes hierzu stehe jedoch noch aus.

6. Genehmigung der Niederschrift über die 9. Sitzung

Bis zum Ende der Sitzung sind keine Einwände erhoben worden, somit gilt die Niederschrift über die 9. Sitzung als genehmigt.

7. Anstellung „Schulische Assistenz“

Hierzu ist eine Vorlage zugegangen, die vom Bürgermeister Sohn mit dem Hinweis auf die fraktionsübergreifende Auffassung zur Einstellung einer Schulischen Assistenz erläutert wird. Ohne weitere Aussprache ergeht einstimmig der nachstehende Beschluss:

Die Stadtvertretung beschließt die Funktion als Anstellungsträger gegen Kostenerstattung durch das Land Schleswig-Holstein für die Schulische Assistenz an ihrer Grundschule selbst wahrzunehmen. Hierzu wird der Stellenplan der Stadt angepasst (max. bis S 8 a) und die Haushaltsmittel jährlich in den jeweiligen Haushalten bereitgestellt. Die Stelle ist zunächst auf 2 Jahre zu befristen. Der Bürgermeister wird mit der Umsetzung zum nächstmöglichen Termin beauftragt.

8. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Straßenreinigung der Stadt Lütjenburg

Als stellvertretende Vorsitzende des Finanzausschusses führt Frau Laskowsky in den Sachverhalt ein und berichtet von der ergangenen Beschlussempfehlung. Die Stadtvertretung folgt dieser Beschlussempfehlung und beschließt einstimmig:

Der als Anlage beigefügte 2. Nachtrag zur Gebührensatzung für die Straßenreinigung der Stadt Lütjenburg wird erlassen.

- 17 dafür -

9. Präsentation Gutachten und Empfehlung „Perspektiven der Einzelhandelsentwicklung in der Stadt Lütjenburg“

Frau Rehr (Dr. Lademann und Partner, Kommunalberatung mbH, Hamburg) stellt anhand einer Präsentation, das bereits im Wirtschaftsausschuss vorgestellt Gutachten und die Empfehlung „Perspektiven der Einzelhandelsentwicklung in der Stadt Lütjenburg“ vor. Sie geht dabei im Wesentlichen auf die Rahmenbedingungen mit der Bevölkerungs- und Kaufkraftstruktur, auf die Funktion der Stadt Lütjenburg als Unterzentrum, auf ausgewählte Befunde sowie auf die Entwicklungsmöglichkeiten und die Strategieempfehlungen für die Stadt Lütjenburg ein.

Auf Nachfrage von Frau Danker-Isemer zur Verbindlichkeit des Gutachtens teilt Bürgermeister Sohn mit, dass dieses zur Abwägung im Rahmen der praktischen Arbeit herangezogen wird. Grundsätzlich gilt es, das Gutachten entsprechend umzusetzen. Je nach Sachlage und Erfordernis ist eine Abweichung vom Gutsachten denkbar.

Nach Danksagung an Frau Rehr und Feststellung durch Bürgervorsteher Klaus, dass die Stadtvertretung in nahezu allen Bereichen die gute Vorarbeit und erforderliche Beschlussfassung geleistet hat, ergeht einstimmig der nachstehende Beschluss:

Das Gutachten „Perspektiven der Einzelhandelsentwicklung in der Stadt Lütjenburg“ aus dem Oktober 2015 wird als abwägungspflichtiges Gutachten bei künftigen Bauleitplanungen der Stadt Lütjenburg beschlossen.

- 17 dafür -

10. Gleichbehandlung der Eigentümer für Modernisierungszuschüsse nach der neuen Städtebauförderungsrichtlinie 2015

Die Vorsitzende des Bau- und Umweltausschusses, Frau Laskowsky, berichtet von der Beratung und Beschlussempfehlung ihres Ausschusses. Sodann beschließt die Stadtvertretung einstimmig:

1. Gebäude ohne Sanierungsbedarf erhalten keine Städtebauförderungsmittel.
2. Gebäude mit Modernisierungsbedarf oder Instandsetzungsbedarf sollen mit 100 % des zu ermittelnden Kostenerstattungsbetrages, d.h. der unrentierlichen Kosten der Modernisierung bzw. Instandsetzung, im Rahmen der verfügbaren Städtebauförderungsmittel gefördert werden, da der Erhalt dieser Gebäude prägend für das Gesamtbild des Sanierungsgebietes in der Stadt Lütjenburg ist.
3. Die notwendigen Haushaltsmittel sind in den jeweiligen Haushaltsberatungen bereit zu stellen.

- 17 dafür -

11. 25. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Lütjenburg für das Gebiet der „Ehemalige Schill-Kaserne“, hier Entwurfs- und Auslegungsbeschluss

Die Vorsitzende des Bau- und Umweltausschusses erinnert einleitet an die bereits mehrfach erfolgten Beratungen und begründet die Notwendigkeit der anstehenden Beschlussfassung.

Herr Giesche verweist auf den im Planungsbereich vorhandenen Wald, der sich über lange Zeit ohne menschlichen Eingriff entwickeln konnte. Er moniert, dass bei einer Ortsbegehung die Mitglieder des Bau- und Umweltausschusses nicht beteiligt wurden und bittet, dass künftig zur Erreichung umfassender Informationen anders verfahren wird. Er stellt weiterhin fest, dass mit der Beschlussfassung der bestehende Wald seinen bisherigen Schutz verliert und regt an, dass über Abholzungsmaßnahmen erst befohlen wird, wenn die Investoren ihre konkreten Vorstellungen dargelegt haben. Herr Giesche fragt nach angedachten Ausgleichsmaßnahmen, der Beteiligung der Naturschutzbehörden im Verfahren und dem zu erwartenden Kostenrahmen.

Bürgermeister Sohn teilt mit, dass hinsichtlich der Ortsbegehung wie bisher üblich verfahren wurde und die Verwaltung die entsprechenden Gespräche führt. Der Bau- und Umweltausschuss wurde umfassend und laufend informiert. Eine Beteiligung des Ausschusses ggf. ohne Einhaltung einer Einladungsfrist sei künftig denkbar. Hinsichtlich der Fragen teilt Bürgermeister Sohn mit, dass das Ausgleichsverhältnis Wald - Park nicht zwangsläufig feststeht und eine Beteiligung der einschlägigen Behörden im Rahmen der Auslegungsfrist besteht. Der Kostenrahmen und ggf. Flächenbedarf steht noch nicht fest. Im Rahmen der Auslegungsfrist werden ggf. noch offene Fragen aufgenommen und geklärt.

Die Stadtvertretung fasst sodann einstimmig folgenden Beschluss:

1. Der anliegenden Zusammenstellung und den Abwägungsvorschlägen vom 29.09.2015 über die Behandlung der im Rahmen der frühzeitigen Unterrichtung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange vorgebrachten Anregungen und Bedenken wird zugestimmt.
2. Der Entwurf der 25. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Lütjenburg für das Gebiet „Ehemalige Schill-Kaserne“, dessen Geltungsbereich im anliegenden Lageplan dargestellt ist, und die Begründung werden in den vorliegenden Fassungen gebilligt.
3. Der Entwurf des Planes und die Begründung sind nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen und die beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange von der Auslegung zu benachrichtigen.
4. Die Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB soll gleichzeitig mit der Einholung der Stellungnahmen nach § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt werden.

- 17 dafür -

Bürgermeister Sohn informiert abschließend über die weiteren Verfahrensschritte (Beschlussfassung, Auslegung, Bekanntmachung, Auslegungszeitraum, weitere Beschlussfassung).

12. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für Dienstleistungen der Freiwilligen Feuerwehr Lütjenburg; 2. Nachtrag

Als stellvertretende Vorsitzende des Finanzausschusses führt Frau Laskowsky in den Sachverhalt ein und berichtet von der ergangenen Beschlussempfehlung. Die Stadtvertretung folgt dieser Beschlussempfehlung und beschließt einstimmig:

Die beigefügte Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für Dienstleistungen der Freiwilligen Feuerwehr Lütjenburg, 2. Nachtrag, wird erlassen.

- 17 dafür -

13. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Lütjenburg über die Erhebung von Beiträgen für die Herstellung, den Ausbau, die Erneuerung sowie den Umbau von Straßen, Wegen und Plätzen (Straßenausbaubeitragssatzung)

Die stellvertretende Vorsitzende des Finanzausschusses führt in die angedachte Satzungsänderung ein. Wie auch schon beitragspflichtigen Anliegern angekündigt, sollen neue Regelungen zu Stundungen und Ratenzahlungen in die Satzung aufgenommen werden.

Bürgermeister Sohn berichtet ergänzend von seiner Teilnahme an der Versammlung „Haus und Grund“. Die von beitragspflichtigen Anliegern vorgebrachten Wünsche hinsichtlich der Heranziehung zu Straßenausbaubeiträgen werden bereits durch die Stadt praktiziert bzw. wurden entsprechend aufgenommen. Zur angedachten Satzungsänderung ergeht sodann einstimmig folgender Beschluss:

Die beigefügte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Lütjenburg über die Erhebung von Beiträgen für die Herstellung, den Ausbau, die Erneuerung sowie den Umbau von Straßen, Wegen und Plätzen (Straßenausbaubeitragssatzung), 3. Nachtrag, wird erlassen.

- 17 dafür -

14. Widmung von Straßenflächen (ehemalige Kaserne)

Bürgermeister Sohn berichtet einleitend über die baurechtliche Entwicklung für den Kasernenbereich. Es gilt nunmehr die erste Erschließungsstraße der Öffentlichkeit zu widmen, um insbesondere den Investoren das Bauantragsverfahren zu eröffnen.

Ohne weitere Aussprache ergeht einstimmig der nachstehende Beschluss:

Die in der Anlage rot gekennzeichnete Erschließungsstraße „Ferdinand-von-Schill-Straße“, bestehend aus dem Flurstück 219 der Flur 8, Gemarkung Lütjenburg wird gemäß § 6 i. V. m. § 3 StrWG für den öffentlichen Verkehr gewidmet.

Die Wegefläche wird gem. § 3 Abs. 1 Nr.: 3 a StrWG als Gemeindestraße und zwar als Ortsstraße eingestuft.

Die Widmung ist gem. § 6 Abs. 2 StrWG öffentlich bekannt zumachen.

- 17 dafür -

15. Fragestunde der Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter

- Frau Holst fragt hinsichtlich des Antrages der SPD-Fraktion zur Bereitstellung von Räumlichkeiten zu Perspektiven und Entwicklungsmöglichkeiten.

Bürgermeister Sohn teilt mit, dass derzeit der Bedarf der Vereine und Verbände durch die Räumlichkeiten der Stadt gedeckt werden kann. Zur Bereitstellung eines größeren Gemeinschaftshauses wird er in Kürze einen konkreten Vorschlag unterbreiten.

- Frau Holst fragt nach den Öffnungszeiten des Jobcenters in Lütjenburg. Hier war geplant, die Öffnungszeiten wieder im vollen Umfange anzubieten. Bürgermeister Sohn erklärt, dass die Zusage hierzu nach wie vor gilt, die Öffnungszeiten derzeit jedoch noch nicht geändert wurden. Nach Presseinformationen sucht die Bundesagentur/die Jobcenter derzeit 3.000 zusätzliche Mitarbeiter. Die Auswirkungen sind insgesamt nicht absehbar. Bürgermeister Sohn bekräftigt, dass er sich weiterhin für die Umsetzung der erweiterten Öffnungszeiten einsetzen wird.
- Frau Danker-Isemer fragt, warum die letzte öffentliche Sitzung der Stadtvertretung in der ev. Kirche durchgeführt wurde. Bürgervorsteher Klaus erklärt, dass die Kirche der einzige Ort war, die große Besucherzahl aufnehmen zu können. Es sollte im Vorwege sichergestellt werden, dass Niemand aufgrund einer begrenzten Räumlichkeit von der Sitzung und Veranstaltung ausgeschlossen wird. Deshalb ergeht auch ein besonderer Dank an die Kirche. Aufgrund des weiteren Hinweises von Frau Danker-Isemer, dass ca. 38 % der Lütjenburger/innen keiner Konfession angehören, betont Bürgervorsteher Klaus, dass trotzdem für Jeden die Kirche zugänglich war und sich keine andere Örtlichkeit für diese besondere Sitzung und Veranstaltung anbot. Frau Holst erklärt, dass die Kirche für den reinen Festakt als Räumlichkeit geeignet gewesen sei; die Stadtvertretung hätte jedoch im Vorwege bei der Planung mit einbezogen werden können. Herr Panitzki verweist auf die problematische Vermischung. Hier wäre eine Trennung von der Politik - ohne öffentliche Sitzung der Stadtvertretung in der Kirche - angebracht gewesen. Frau Wertz erinnert an den besonderen historischen Kontext. Der Ausgang zur Wiedervereinigung erfolgte durch die Dissidenten der ehemaligen DDR, die in den Kirchen zusammenkamen.
- Herr Giesche regt, an die Bürgerinnen und Bürger zur Thematik „Unterbringung von Asylanten und Flüchtlingen“ durch rechtzeitige Information einzubinden. Bürgervorsteher Klaus teilt mit, dass die für den 18.11.2015 terminierte Einwohnerversammlung auf den 12.11.2015 nun bewusst vorgezogen wird. Es ist beabsichtigt, diesen Tagesordnungspunkt mit aufzunehmen.
- Frau Danker-Isemer fragt, wann eine neue Umweltschutzbeauftragte/ein neuer Umweltschutzbeauftragter bestellt wird. Bürgermeister Sohn teilt mit, er habe bereits Gespräche geführt. Danach hat sich Herr Rüdiger Wertz bereit erklärt, die Aufgabe kommissarisch bis zum Ende der Wahlzeit zu übernehmen. Ein dauerhafter Lösungsansatz wird alsbald im Bau- und Umweltausschuss vorgestellt.

16. Verschiedenes

Bürgermeister Sohn berichtet über einen Erfahrungsaustausch mit zahlreichen Gemeinden hinsichtlich der Erstattung von VBL-Beiträgen. Aufgrund der hohen Rückstellungen der VBL beabsichtigen die Kommunen - und auch die Stadt Lütjenburg - eine Rückforderung vorzunehmen.

20.10 Uhr: Die Öffentlichkeit wird ausgeschlossen. Fortsetzung der Niederschrift auf gesondertem Blatt.

Protokollführer: